

# Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtkassette Nr. 12 — Sächsischer Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postfachkonto: Dresden 33 527

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbmöndlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Papiere und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Sächsische Schweiz

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingiechhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Oßrau, Porstsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtisdorf, Schmiltz, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hieke, Inh. Walter Hieke  
Verantwortlich: K. Rohrlapper

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7spaltene 35 mm breite Beizeile 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“

Abbestellen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 163 Bad Schandau, Freitag, den 15. Juli 1927 71. Jahrgang

## Für eilige Leser.

\* Die Vereinbarung vom 30. Juni 1927, betreffend die Verlängerung der Vereinbarungen zwischen Deutschland und Frankreich über den Warenaustausch zwischen Deutschland und dem Saarbecken-Gebiet, tritt nach einer zwischen der deutschen und der französischen Regierung getroffenen Abmachung am 15. Juli 1927 in Kraft.

\* In der Nähe von Hochstädt in Schwaben geriet ein 20-jähriges Mädchen beim Baden in der Donau in einen Strudel. Ein zu Hilfe eilender Postassistent wurde ebenfalls vom Strudel erfasst. Beide fanden vor den Augen der Frau des Assistenten, sowie des Vaters des Mädchens den Tod.

\* An Stelle des ermordeten irländischen Justizministers D' Higgins wurde Finanzminister Bluntje zum Justizminister und Vizepräsidenten des Ministerrates ernannt.

\* Der chinesische Bürgerkrieg scheint wieder in ein neues Stadium getreten zu sein, insofern als General Tschingtaifet nach Berichten aus Peking sich aus Pukau zurückzieht, da er einen Angriff auf Nanjing durch die Streitkräfte durch die Sanktionsregierung befürchtet.

## Ein Blick in Amerikas Zukunft.

Von Dr. Paul Rohrbach.

Vor dem Kriege hätte wohl niemand daran gedacht, daß eine Zeit kommen könnte, in der das Wort „Amerika“ einen Inbegriff von Furcht und Hoffnung, eine Art Schicksalsgewalt nicht nur für Länder wie Panama oder Guatemala, sondern auch für europäische Großstaaten bedeuten würde. Und doch ist heute schon zu sehen, wo in diesem riesenhaften, durch den Krieg dreifach mächtiger gewordenen Gebilde die Züge eines von ferne drohenden Niederganges sich auszuprägen beginnen. Das amerikanische Volk stammt ganz und gar von Einwanderern ab. Bis zum Kriege war die Einwanderung nach den Vereinigten Staaten, wenn man von dem Verbot gegen die gelbe Rasse und von der strengen Gesundheitspolizei gegen alle Landenden absieht, so gut wie unbeschränkt. Nach der Nationalität stammten von den Einwanderern während des Zeitraumes von 1821 bis zum Weltkriege

aus Großbritannien	rund 8 Millionen
„ Deutschland	„ 5,5 Millionen
„ Oesterreich-Ungarn	„ 3,5 Millionen
„ Italien	„ 3,4 Millionen
„ Rußland	„ 2,8 Millionen
„ Skandinavien	„ 2 Millionen
„ Kanada	„ 1,3 Millionen
„ allen übrigen Ländern zusammen	„ 3 Millionen

Im Jahre 1916 erschien nun in New York ein Buch von einem bis dahin wenig bekannten Verfasser, namens Madison Grant, unter dem Titel „The passing of the great race“ (Der Untergang der großen Rasse). Es war eine Mahnung, die Einwanderung zu beschränken. In dem Vorwort des Werkes, das einen ungeheuren Einfluß ausgeübt hat, obwohl es wissenschaftlich betrachtet, viele Fehler und Ungenauigkeiten enthält, schrieb der Professor der Zoologie an der Columbia-Universität von New York, Henry Fairfield Osborn u. a.:

„Wenn man mich fragt: welches ist die größte Gefahr, die heute die amerikanische Republik bedroht, so werde ich sicherlich antworten: Das allmähliche Aussterben jener Erbesigenschaften in unserem Volke, durch welche die Grundzüge unseres religiösen, politischen und gesellschaftlichen Aufbaues gebildet wurden, und ihr heimtückischer Ersatz durch Eigenschaften minder edler Art.“

Und Grant selber, der schon sieben Jahre vor dem Kriege an der Leitung eines Bundes gegen die Einwanderung beteiligt war, sagt, er habe sein Buch darum geschrieben, weil die nach Beendigung des Krieges bevorstehende „Völkerwanderung“ Amerika mit schweren Gefahren bedrohen werde, falls nicht die Einwanderung scharf beschnitten würde. Was er fürchtet und was er verlangt, faßt er in die Worte zusammen: „Unser Geschlecht muß das stolze Wort unserer Väter energisch zurückweisen, daß sie keinen Unterschied der „Rasse, des Glaubens oder der Farbe“ kennen. Sonst muß der einheimische Amerikaner im Buche der Geschichte eine neue Seite aufschlagen und schreiben: Amerikas Ende.“

Die Ursache dieser Furcht war das gewaltige Anschwellen der Einwanderung aus Ost- und Südeuropa in den beiden letzten Jahrzehnten vor dem Kriege. Im Jahre 1912 wanderten aus Deutschland nur noch 28 000 Menschen nach Amerika ein, aus Oesterreich-Ungarn aber beinahe 180 000, wovon der bei weitem überwiegende Teil Slawen waren: aus Rußland 160 000, die meisten davon Juden; aus Italien 157 000. Dabei gab es Jahre, in denen die italienische Einwanderung, und ebenso die aus Oesterreich-Ungarn und Rußland, auf weit über 200 000 stieg.

Dieser „minderwertige“ Zustrom war es, der als eine Gefahr für das „echte“ Amerikanertum empfunden wurde und den man daher mit allen Mitteln zu bekämpfen trachtete. Am stärksten veränderten natürlich unter dem Einfluß dieser süd- und ost-europäischen Ankommlinge die großen Hafenplätze an der atlantischen Küste ihr Gesicht, am allermeisten New York. Unter den mehr als 7 Millionen Einwohnern, die Groß-New York heute besitzt, sind mehr als die Hälfte nicht in Amerika geboren. Angeblich sollen in Groß-New York allein über 2 Millionen Ostjuden und eine halbe Million Italiener wohnen, dazu viele Hunderttausende von Slowaken, Tschechen, Ungarn, Balkan-Slawen, Ukrainern, Rumänen, Griechen usw.

Während des Krieges selbst jano naturgemäß so gut wie gar keine Einwanderung statt. Nach dem Kriege wurde sie gesetzlich geregelt. Danach durfte die Zahl der aus jedem fremden Lande Einwandernden nicht höher sein als 3 Prozent ihrer im Jahre 1910 bereits in den Vereinigten Staaten ansässigen Landsleute. Auf Grund dieses Gesetzes durften im ganzen noch etwa 350 000 Einwanderer jährlich landen. Schon 1924 aber wurde die zulässige Gesamtzahl auf knapp 170 000 verringert, davon aus Großbritannien 62 000, aus Deutschland 51 000, aus Italien nur noch 4 000, aus Rußland 2 000 und aus Polen etwas über 3 000. Noch geringer sind die Zahlen für die Balkanländer. Diese Regelung gilt bis heute; es besteht aber die Absicht, den Anteil der Englischsprechenden noch zu erhöhen, den der Deutschen auf die Hälfte zu verringern und den der Ost- und Südeuropäer praktisch auf Null herabzusetzen.

Für Amerikas Zukunft ist ferner maßgebend, daß das amerikanische Leben immer mehr zum Großstadtleben wird. Die Großstadtkultur ist für den Amerikaner die erstrebenswerte und lebenswerte Kultur schlechthin, denn die Großstadt allein bietet die Aussicht, ein „erfolgreiches“ Leben zu führen. Zu New York mit seinen mehr als 7 Millionen Einwohnern kommen Chicago mit über 4 Millionen, Philadelphia mit über 2 Millionen, und außerdem noch ein Duzend Städte, die schon die Million überschritten haben oder sich ihr mit raschen Schritten nähern. Vor allen Dingen die Jugend drängt in die Städte.

Das amerikanische Leben kennt nun so gut wie keine Dienstboten. Die Kosten eines Haushaltes mit Bedienung sind so groß, daß der ganze Mittelstand darauf verzichten muß. Hieraus folgt in Verbindung mit dem zunehmenden Großstadtkarakter des Lebens und infolge der Ansprüche der amerikanischen Frau an das, was sie ein „menschenwürdiges“ Dasein nennt, die rasch und schnell zunehmende Kinderarmut der amerikanischen Familie. Das lässige Baby mit blonden Locken, rosigem Gesichtchen, in beste Konfektionsmarke gekleidet, spielt zwar eine beherrschende Rolle in den Reklameplakaten, auf den Deckeln der Magazinhefte und in den Aufnahmen der Photographen, aber lebendig trifft man es so selten an, je moderener amerikanisch die Familie ist. Kinderreich sind fast nur noch die Einwanderer. Für die Zukunft Amerikas ist das eine Erscheinung von unabsehbaren Folgen.

Es ist auch gar nicht abzusehen, wie sich bei der fortwährenden Zunahme des Großstadtdaseins in Amerika diese Verhältnisse ändern sollen. In die Millionen von „komfortablen“, aber

winzig kleinen Wohnungen der amerikanischen Riesenstädte! passen Kinder überhaupt nicht mehr hinein. Dazu kommt die unbeschreibliche Beeinflussung des ganzen Lebens durch das Automobil. Ausschließlich der Farbigen haben die Vereinigten Staaten etwa 100 Millionen Einwohner, und diese besitzen 18 Millionen Automobile. Die Fahrt mit dem Auto ist Seligkeit; kein Auto zu haben bedeutet beinahe Verdamnis. Für jedes junge Ehepaar ist es selbstverständlich, an jedem Abend, ferner Sonnabends und Sonntags irgendwohin zu fahren, je mehr Meilen desto besser. Da es aber, wie gesagt, im amerikanischen Mittelstand keine Dienstboten gibt, am allerwenigsten bei jungen Leuten, so haben diese nur die Wahl zwischen einem Baby oder einer Maschine. Für viele jung verheiratete Paare ist diese Wahl überhaupt keine mehr. Henry Ford mit seinen billigen Maschinen kann, wenn er will, den Ruhm für sich in Anspruch nehmen, daß er die Geburt von Millionen von Kindern verhindert hat!

Lothrop Stoddard, ein jüngerer Vorkämpfer der Schule Madison Grants, sagt in seinem sehr lesenswerten Buch „Der Kulturumsturz“ (Deutsch bei Lehmann in München): „Neuengland beispielsweise, einst die fruchtbarste Zuchtsstätte des ehrgeizigen, begabten Yankeevolkes, der in Millionen auszog, um den Westen zu besiedeln, ist bald kein angelfisches Land mehr. Die Geburtenziffer der eingewanderten Frauen ist in Massachusetts 2½ mal, in New Hampshire 2 mal, in Rhode Island 1½ mal so hoch, wie die der Eingeborenen. Unter den fremden Bevölkerungsbeständen sind am fruchtbarsten Polen, polnische und russische Juden und französische Kanadier. Was das nach einigen Menschenaltern bedeuten kann, wird durch eine von dem Biologen Davenport angefertigte Berechnung dargestellt. Dieser stellte fest, daß auf Grund der gegenwärtigen Vermehrungsziffer 1000 erfolgreiche Besucher Harvards (die berühmte Universität bei Boston) nach zweihundert Jahren nur 50 Nachkommen haben würden, 1000 heute in Boston lebende Rumänen dagegen 100 000 Abkömmlinge.“

Grant wie Stoddard wollen dem drohenden Verfall amerikanischen Lebens dadurch begegnen, daß sie die Einwanderung „minderwertiger“ verhindern und dem „wahren“ Amerikanertum Eugenik, d. h. Ausmerzung der Untüchtigkeit und Pflege der Tüchtigkeit, predigen. Ihre Predigt wird wirkungslos sein, wenn die amerikanische Großstadtkultur in ihren jetzigen Formen bestehen bleibt.

## Vertrauen zu Deutschland

### Die Finanzkonferenz in Amerika.

Erklärungen Dr. Schachts.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht wollte dieser Tage zu einer Konferenz der Notenbanken in New York. Nach etwa zweiwöchigem Aufenthalt hat er Amerika wieder verlassen. Vor seiner Abreise nach Deutschland empfing Reichsbankpräsident Dr. Schacht Vertreter der deutschen Presse im Generalkonsulat, um kurz über die Themen und das Ergebnis der Besprechungen in Amerika zu berichten sowie gewisse irrtümliche Darstellungen über die Konferenz zu berichtigen. Bei den Leitern der großen Notenbanken habe sich, so sagte Dr. Schacht, die Gepflogenheit entwickelt, alljährlich zusammenzukommen, um gemeinsame Interessenfragen zu besprechen. Eine besonders erfreuliche freundschaftliche Note erhielt die diesjährige Zusammenkunft durch die Vereinfachung des Bisegouverneurs der Bank von Frankreich. Dr. Schacht führte aus: „Keinerlei politische Fragen wurden erörtert, insbesondere nicht, wie vielfach behauptet wurde, die Reparationsfrage oder die Stabilisierung des französischen Franken. Im Mittelpunkt der Erörterungen stand die Frage der Goldverschiffungen, wobei die Mittel und Wege beraten wurden, die Verschiffungen auf ein unbedingt notwendiges Maß zu beschränken, zu vereinfachen und zu verbilligen. Irgegendwelche Vereinbarungen sind nicht getroffen worden, es ist jedoch anzunehmen, daß künftig in höherem Maße als bisher eine gegenfeitige Verständigung der großen Notenbanken bei Goldverschiffungen stattfinden wird.“ Eingehend sei auch die Frage der Kaufkraft des Goldes besprochen worden, wobei angesichts der Natur dieses Problems die Erörterungen sich zunächst mehr auf theoretischer Grundlage bewegten. Schließlich sei auch das Problem der Diskontierung erörtert worden, wobei als selbstverständlich festgesetzt

wurde, daß das eigene Bedürfnis und die Interessen des jeweiligen Landes für die Gestaltung der Diskontpolitik der Notenbanken maßgebend sein müßten. Darüber hinaus sei jedoch eine engere gegenseitige Fühlungnahme und Verständigung im Interesse aller Beteiligten denkbar.

Auf eine Frage erklärte Dr. Schacht, daß Dawes-Plan und Eisenbahnbonds während der Besprechungen mit keiner Seite erwähnt wurden. Die Frage der Eisenbahnbonds sei ein Problem, das nicht außer Betrachtung des Dawes-Planes akut werden könne. Dr. Schacht verteidigt persönlich die Auffassung, daß der Dawes-Plan alle Möglichkeiten vorsehe. Es sei deshalb unrichtig, von einer Revision zu reden. In Frage komme vielmehr zu gegebener Zeit eine Ergänzung des Planes durch die Ausfüllung der noch offenen Punkte, nämlich die endgültige Entscheidung über Transfer und die Festsetzung der Höhe der Gesamtzahlungen.

Schließlich bat Dr. Schacht, die Gesamtarbeit der Notenbanken, welche sowohl der Wirtschaft der einzelnen Länder wie auch der Weltwirtschaft zugute kommen, nicht als politische Aktion zu betrachten, an welche sentimentale Schlussfolgerungen zu knüpfen wären, vielmehr sei derartige Zusammenarbeit als erfreulicher Beweis zunehmender internationaler Wirtschaftsbeziehungen durch sachliche Berichterstattung zu fördern. Dr. Schacht erklärte zum Schluß nochmals: „Ich habe in Amerika nichts gewollt, habe mit keiner Bank über Anleihen verhandelt oder gesprochen. Ich habe jedoch festgestellt, daß man Deutschland großes Vertrauen entgegenbringt.“ Dies Gefühl sei noch stärker als anlässlich seines letzten Besuches im Jahre 1925. Es herrsche allgemein das Gefühl der Sicherheit und die Überzeugung, daß die Deutschen nichts unternehmen, was finanziell unvernünftig wäre. Man glaube an Deutschlands Selbstkontrolle.

### Kein Einspruch des Reichsrates gegen die Zollvorlage.

Berlin, 14. Juli. Der Reichsrat nahm in seiner heutigen Sitzung von der Annahme der Zollvorlagen durch den Reichstag Kenntnis, ohne Einspruch zu erheben. Die preussische Staatsregierung erklärte dazu, daß sich ihre Stellungnahme nicht geändert habe, daß die aber einen Einspruch nicht für ausstichreich halte. Die Hamburgische Regierung beantragte, Einspruch zu erheben, wenigstens gegen die Erhöhung des Zuckersolles. In namentlicher Abstimmung wurde die Erhebung dieses Einspruchs mit 42 gegen 26 Stimmen abgelehnt.

### Aus der Kabinettsitzung.

Berlin, 14. Juli. Das Reichskabinett verabschiedete in seinen letzten Sitzungen außer dem Reichsschulgesetz unter anderem das Steuervereinfachungsgesetz, welches als Mantelgesetz vier Einzelgesetze umfaßt. Es handelt sich dabei um das Grundsteuerreformgesetz, das Gewerbesteuerreformgesetz, das Gebäude-entwässerungsgesetz und das Steueranpassungsgesetz.

Diese vier Gesetze werden durch ihren gemeinsamen Zweck miteinander verbunden. Sie dienen der Vereinfachung und der Vereinfachung der Steuern selbst und der Steuerverwaltung und sollen auch eine Erparung an Verwaltungskosten und eine größere Bequemlichkeit für die Steuerpflichtigen herbeiführen.